

17.01.2017

Neudruck

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Landesregierung muss Digitale Modellstadt nach Nordrhein-Westfalen holen**

#### **I. Ausgangslage**

Der Branchenverband Bitkom veranstaltet gemeinsam mit zahlreichen namhaften Mitgliedsunternehmen und Partnern den Wettbewerb „Digitale Stadt, dessen Sieger zur Modellstadt und damit zu einem Leuchtturmprojekt intelligenter und vernetzter Stadtentwicklung ausgebaut werden soll. Die Modellstadt soll auf Basis moderner IT-Infrastrukturen und innovativer Lösungen in Bereichen wie Verkehr, Verwaltung, Energie und Bildung eine europaweite Vorreiterrolle übernehmen, von der starke Impulse für die Entwicklung der Stadt der Zukunft ausgeht.

Gerade für Nordrhein-Westfalen wäre eine solche digitale Modellstadt eine große Chance und ein Treiber der digitalen Entwicklung. Denn in den vergangenen Jahren sind insbesondere politische Anstrengungen, das Land in eine digitale Spitzenposition zu bringen, unterblieben. So lahmt der flächendeckende Ausbau mit Glasfaserleitungen im ganzen Land, während die Landesregierung tatenlos dabei zusieht, wie veraltete Kupferkabel re-monopolisiert werden. Breitbandfördermittel des Bundes gehen zeitgleich an Nordrhein-Westfalen vorbei. Im Bildungsbereich hat die zuständige Ministerin in ihrer über sechsjährigen Amtszeit gerade einmal die Erstellung eines abstrakten „Leitbilds“ fertiggebracht, das noch keinerlei Auswirkungen auf auch nur eine Schülerin oder einen Schüler entfaltet hat. Bei der Digitalisierung der Verwaltung hat die Landesregierung die Fortentwicklung des Rechtsrahmens zunächst verschlafen, um sich im dann letztendlich beschlossenen E-Government-Gesetz die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe in Behörden bis zum Jahr 2031 vorzunehmen. Diese Anspruchslosigkeit ist ein Armutszeugnis und schadet der Zukunftsfähigkeit des Landes.

Deshalb benötigt Nordrhein-Westfalen endlich eine digitale Offensive. Eine digitale Modellstadt kann ein wichtiger Bestandteil und Katalysator einer solchen Offensive sein. Der Wettbewerb „Digitale Stadt“ ist deshalb eine große Chance, die Nordrhein-Westfalen unbedingt ergreifen muss, um nach dem regelmäßig schwachen Abschneiden in zahlreichen Ländervergleichen endlich auch einmal wieder eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Datum des Originals: 17.01.2017/Ausgegeben: 27.01.2017 (17.01.2017)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

## II. Handlungsbedarf

Die Teilnahme am Wettbewerb des Branchenverbands Bitkom ist an diverse Voraussetzungen geknüpft. Die Stadt soll – jeweils ungefähr – 100.000 bis 150.000 Einwohner zählen, städtisch geprägt sein und über eine gute infrastrukturelle Anbindung verfügen. Darüber hinaus wird zumindest die Nähe zu einer Hochschule vorausgesetzt.

Mit Blick auf die Struktur des Landes sowie die vielfältige Hochschullandschaft dürfte der Wettbewerb für eine nordrhein-westfälische Kommune geradezu prädestiniert sein. Vor dem Hintergrund der Wettbewerbsbedingungen könnte rund ein Dutzend NRW-Städte in Frage kommen – von Witten und Gütersloh bis zu Leverkusen und Paderborn –, deren Siegchancen zumindest überprüft werden könnten.

Nun sind schneller Einsatz und Engagement der Landesregierung gefragt. So ist ein Wettbewerbskriterium zur Bewertung der einzelnen Bewerbungen die Unterstützung durch relevante Akteure vor Ort. In der Wettbewerbsbeschreibung wird die jeweilige Landesregierung als erstes Beispiel angeführt. Darüber hinaus wird die Qualität und Finanzierung des vor Ort notwendigen Projektmanagements bewertet.

Bewerbungsschluss für den Wettbewerb „Digitale Stadt“ ist der 15. März 2017. Deshalb ist unverzügliches Handeln der Landesregierung notwendig. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie sämtliche ihr möglichen Maßnahmen ergreift, um die digitale Modellstadt nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Dazu muss die Landesregierung unverzüglich eine Projektgruppe „Digitale Stadt“ einsetzen, die ohne Zeitverzug Kontakt mit sämtlichen in Nordrhein-Westfalen in Frage kommenden Kommunen aufnimmt. Die Projektgruppe muss mit Blick auf den Wettbewerb bereits bestehende Aktivitäten abfragen und analysieren sowie im Falle von bisher ausgebliebenen Aktivitäten auf die Ausschreibung hinweisen und Unterstützung anbieten. Darüber hinaus muss das Projektteam bereits jetzt für alle potentiellen Bewerber detaillierte und erfolgversprechende Unterstützungsschreiben – welche für eine Bewerbung erforderlich sind – anfertigen.

Bestandteil der zugesagten Unterstützung muss neben Sachverstand und weiterer Mitarbeit der Projektgruppe der Landesregierung im Falle eines Sieges einer NRW-Stadt auch die Sicherung der Finanzierung des Vor-Ort-Projektmanagements sein. Mittel dafür könnten etwa aus dem Europäischen Regionalförderfonds „EFRE“ gewonnen werden, dessen „Prioritätsachse 4“ auf nachhaltige Stadtentwicklung abzielt. Auf diesem Weg kann die Landesregierung unmittelbar zu den Erfolgsperspektiven einer Bewerbung aus Nordrhein-Westfalen beitragen.

## III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. unverzüglich eine Projektgruppe „Digitale Stadt“ zur Unterstützung nordrhein-westfälischer Städte bei der Teilnahme am Wettbewerb des Branchenverbands Bitkom einzusetzen.
2. sämtliche für die Teilnahme am Wettbewerb in Frage kommenden nordrhein-westfälischen Städte unmittelbar zu kontaktieren, gegebenenfalls auf den Wettbewerb aufmerksam zu machen und bei einer etwaigen Bewerbung intensiv zu unterstützen.

3. detaillierte und auf alle in Frage kommenden Kommunen abgestimmte Unterstützungsschreiben anzufertigen.
4. gemeinsam mit den entsprechenden Kommunen eine Blaupause für ein Vor-Ort-Projektmanagement zu entwickeln und die Finanzierung aus bestehenden Haushaltsmitteln dafür vorzusehen.
5. sämtliche ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die „Digitale Modellstadt“ nach Nordrhein-Westfalen zu holen.
6. den Landtag nach Ablauf der Bewerbungsfrist über die ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Hendrik Wüst  
Robert Stein  
und Fraktion

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Marcel Hafke  
Henning Höne  
Marc Lürbke  
Dietmar Brockes

und Fraktion